

# **Wahlprogramm der Unabhängigen Wählergemeinschaften Darmstadt-Dieburg (UWG DADI) zur Kreistagswahl am 15.03.2026**



## **Inhalt**

Unsere politischen Ziele für 2026 - 2031.....	2
1. Unsere Kernziele.....	2
Unsere Ziele für die kommenden fünf Jahre im Einzelnen:.....	3
2. Gesundheit und Soziales, Familie, Wohnen, Integration.....	3
3. Vereine, Kultur und Sport.....	5
4. Schule und Bildung.....	6
5. Wirtschaft.....	6
6. Finanzen.....	8
7. Umwelt- und Klimaschutz.....	9
8. Verkehr.....	10
9. Kreisentwicklungsplanung/ Regionale Zusammenarbeit.....	11



## Unsere politischen Ziele für 2026 - 2031

Die UWG Darmstadt-Dieburg ist die Stimme der Menschen in unseren Städten und Gemeinden. Wir sind unabhängig, überparteilich und tief in unserer Region verwurzelt. Unser Ziel ist es, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger im ganzen Landkreis Darmstadt-Dieburg engagiert zu vertreten. Wir wollen, dass das Leben im Landkreis bezahlbar bleibt – dafür müssen Steuern, Gebühren und Abgaben wieder sinken. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass wichtige Leistungen wie Nahverkehr, Bildung, Gesundheit und Versorgung in unserer Region gut und effizient organisiert bleiben. Gemeinsam gestalten wir ein starkes, lebenswertes Darmstadt-Dieburg.

In der UWG Darmstadt-Dieburg haben sich neun unabhängige Wählergemeinschaften zusammengeschlossen, um gemeinsam mehr für unsere Städte und Gemeinden zu erreichen. Uns ist wichtig, dass die Interessen der Menschen vor Ort auch auf Kreisebene gehört werden. Durch unsere Arbeit im Kreistag, in Verbänden, Eigenbetrieben und in der Regionalversammlung Südhessen haben wir wertvolle Erfahrungen gesammelt und gute Kontakte aufgebaut. Dieses Wissen setzen wir gezielt ein, damit unsere Kommunen stark bleiben und sich positiv weiterentwickeln.

### Unsere Kernziele

- ✓ Wir wollen überparteiliche, unideologische aber wertegeleitete Politik in den Kreistag bringen und dazu beitragen, Gräben zwischen den politischen Lagern zu überwinden. Wir sind bereit, auch Verantwortung zu übernehmen.
- ✓ Wir stehen entschieden für unsere Demokratie und wenden uns gegen alle Extremisten von rechts und links.
- ✓ Wir wollen die Kommunen und damit die Bürgerinnen und Bürger entlasten und immer weiter ansteigende Schulden und Umlagen verhindern.
- ✓ Wir wollen dazu beitragen, dass das Leben der Menschen im Landkreis bezahlbar bleibt. Das gilt für die gesamte Daseinsvorsorge, also für Wasser, Abwasser, Strom, Heizung und Müll, Grundsteuern und Gebühren.
- ✓ Wir wollen dabei mithelfen, den Kreishaushalt nachhaltig und zielgerichtet zu sanieren und vom Schuldenmachen wegzukommen.
- ✓ Wir wollen dazu beitragen, dass die Kommunen und die Landkreise eine bessere finanzielle Ausstattung von Bund und Land bekommen und der überbürokratisierte Förderdschungel gelichtet wird.
- ✓ Wir wollen dazu beitragen, dass die Menschen in unserem Landkreis in Sicherheit leben können.



- ✓ Wir wollen, dass alle Teile der Gesellschaft teilhaben und ihren Beitrag zum Wohlstand und zum Miteinander leisten und genießen können.
- ✓ Wir unterstützen, dass die Infrastruktur konsequent ausgebaut und erhalten wird. Das gilt für Schulen wie für Straßen, Plätze und Gebäude gleichermaßen.
- ✓ Dazu gehört auch, dass der Landkreis seinen Beitrag dazu leistet, dass wir in Darmstadt-Dieburg eine stabile und zukunftsfähige Kinderbetreuung sicherstellen, die nicht nur Hausaufgabenbetreuung, Kitas und Krippen umfasst, sondern z.B. auch die unverzichtbaren Leistungen der Kindertagespflegepersonen.



## Unsere Ziele für die kommenden fünf Jahre im Einzelnen:

### Gesundheit und Soziales, Familie, Wohnen, Integration

Wir wollen dazu beitragen, dass das Leben der Menschen im Landkreis bezahlbar bleibt. Das gilt für die gesamte Daseinsvorsorge, also für Wasser, Abwasser, Strom, Heizung und Müll, Grundsteuern und Gebühren.

Die medizinische Versorgung muss sicher und für alle erreichbar bleiben. Wir setzen uns für eine flächendeckende und zuverlässige ärztliche Versorgung der Bevölkerung ein und wollen dazu beitragen, dass dem Praxensterben im Landkreis ein Ende gesetzt wird.

Den „Medizinischen Versorgungszentren“ (MVZ) stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber, denn sie helfen mit, die ärztliche Versorgung der Menschen im Landkreis sicherzustellen. Sie können aber nicht auf Dauer so ein hohes Defizit auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger verursachen und mit staatlichen Mitteln Investitionen privater Ärzte verhindern. Deshalb müssen die richtigen Schritte unternommen werden, sie wirtschaftlicher und effizienter aufzustellen. Wenn es nicht gelingt, dass alle MVZ wirtschaftlich betrieben werden können, dann helfen auch Tabus nicht weiter. In hohem Maße und dauerhaft unwirtschaftliche MVZ müssen auf ihren Fortbestand oder bessere Betreibermodelle hin überprüft werden.

Das gleiche gilt für die Kreiskliniken. Die hohen Defizite resultieren zwar auch aus den Entscheidungen von Land und Bund. Sie sind aber in nicht unerheblichem Maße Ergebnis versäumter und zu später Weichenstellungen für mehr Effizienz, für Wirtschaftlichkeits- und Kostenbewusstsein in den Kreiskliniken selbst.

Andere Krankenhäuser haben gezeigt, dass eine menschenwürdige und gute Krankenpflege auch dann umsetzbar ist, wenn alle Verantwortlichen gleichzeitig betriebswirtschaftliche Ziele verfolgen. Eine solche Veränderung der Unternehmenspolitik kann nur gelingen, wenn sie von der politischen Leitung, also der Kreisspitze, konsequent und mit eigener Überzeugung durchgesetzt und gelebt wird. Das wollen wir nach Kräften unterstützen.

Wir wollen dazu beitragen, dass die Bedingungen für die Patientinnen und Patienten in den Wartebereichen der Notaufnahme und des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes in den Kreiskliniken besser werden. Mithilfe moderner Informationsanlagen und – verfahren kann vermieden werden, dass Patienten stundenlang auf engem Raum an Ort und Stelle gebunden sind und sich ggf. gegenseitig infizieren, weil sie befürchten, den Aufruf zum Zutritt ins Behandlungszimmer zu verpassen.

Wir setzen uns dafür ein, dass ausreichend ambulante und stationäre Pflegeplätze bereitgestellt werden und dass die öffentliche Hand den Beitrag leistet, den sie leisten muss, wo der Markt ihn nicht erbringt. Zentrales Ziel muss bleiben, dass die



Menschen gut, zuverlässig und würdig gepflegt werden und leben können, egal aus welchem Grund sie Unterstützung zum Leben brauchen.

Wir setzen uns für die Einrichtung eines demokratisch gewählten Behindertenbeirates bzw. Teilhabebeirates auf Kreisebene ein. Wir stehen für konsequente Integration und Inklusion und die Pflicht des Landkreises, seinen Beitrag dazu zu leisten.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen weiter Zugang zu den wichtigsten Bankdienstleistungen haben, auch jene, die keine digitalen Möglichkeiten nutzen können.

### Familien

Wir wollen Familien stärken und sicherstellen, dass sie aus eigener Kraft ihr Leben gestalten können. Dazu gehört vor allem, dass sie nicht durch Gebühren, Steuern und Abgaben zu stark belastet werden.

Außerdem sollen wir sicherstellen, dass Familien auch weiterhin durch entsprechende Beratungs- und Unterstützungsangebote geholfen wird, wenn sie das benötigen. In Krisen müssen alle notwendigen Hilfsmaßnahmen bereitgestellt werden, die einen Schutz vor Gewalt und den Aufbau eines selbständigen und selbstbewussten Lebens ermöglichen.

Kinder und Jugendliche müssen nach Kräften in ihrer Entwicklung unterstützt werden. Dabei muss stets beachtet werden, dass es zunächst die Familien selbst sind, die hier Verantwortung tragen.

Wir wollen Eltern dabei unterstützen, Familie und Beruf zu vereinbaren. Deshalb ist es notwendig, die Kindertagespflege und Kindertageseinrichtungen stärker zu fördern und zu erhalten. Dadurch wollen wir den Familien weiterhin ein breites Betreuungsangebot bieten, das ihnen die Möglichkeit lässt, ihr Kind optimal zu fördern.

### Wohnen

Wir halten es für notwendig, einen Wohnungsbau im Kreis zu fördern, den sich Familien leisten können. Wir begrüßen die vom Land Hessen beschlossene Vereinfachung der Hessischen Bauordnung, deren Chancen im Landkreis konsequent genutzt werden müssen. Bauvorhaben dürfen nicht durch lange Bearbeitungszeiten des Bauamtes und durch Planungsaufwendungen verzögert werden.

### Soziales

Aufgabe der zuständigen Ämter in der Kreisverwaltung, von Arbeitsagentur und Jobcenter ist es, den Betroffenen wirksam zu helfen und ihnen ein menschenwürdiges Leben in Selbstverantwortung zu ermöglichen. Dann sinken auch die notwendigen Ausgaben.

Die Strukturen und Angebote zur Weiterbildung müssen übersichtlich aufgebaut, leicht zu verstehen und ausreichend ausgebaut sein. Alle Betroffenen müssen von

einer Weiterbildungsberatung profitieren können, die in öffentlicher Verantwortung erfolgt.

Vor allem aber muss auch der Kreis dazu beitragen, Menschen in die Lage zu versetzen, dass sie sich selbst helfen können.

### Integration, Migration und Inklusion

Wir betrachten alle Menschen als gleichberechtigte Individuen, unabhängig von persönlichen Merkmalen oder Voraussetzungen, und als wertvolle Teile der Gesellschaft.

Wir begreifen Vielfalt und Heterogenität als Reichtum und wollen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so flexibel gestalten, dass sie jeder und jedem Einzelnen die Teilhabe in der Gesellschaft ermöglichen. Das gilt für Menschen mit Behinderung ebenso wie für finanziell benachteiligte Menschen.

Wir erwarten von jedem Menschen, der neu hinzukommt, die Bereitschaft, unseren freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaat zu akzeptieren, zu respektieren, zu unterstützen und zu verteidigen. Dazu gehört auch, dass alle akzeptieren und respektieren müssen, dass in unserem Staat Frauen und Männer gleichberechtigt sind, und dass Recht und Gesetz religiösen Pflichten vorgehen und durch diese nicht ausgehebelt werden können.

### **Vereine, Kultur und Sport**

Wir stehen für die zuverlässige Unterstützung von Vereinen und betrachten sie als Motor gesellschaftlicher Innovation, Förderer des sozialen Zusammenhalts und unverzichtbare Akteure zur Erhöhung der Lebensqualität der Menschen im Landkreis. Vereine sind in vielen gesellschaftlichen Handlungsfeldern wie Soziales, Ökologie, Kultur, Bildung, Sport und internationaler Verständigung Taktgeber des Fortschritts und Basis eines bereichernden Miteinanders.

Wir honorieren deshalb das Ehrenamt als bürgerschaftliches Engagement sehr und unterstützen die Arbeit im Gemeinwesen mit voller Überzeugung. Es gehört ja auch zum Wesen der kommunalen Selbstverwaltung, dass sie durch das ehrenamtliche Mitwirken der Einwohnerinnen und Einwohner getragen wird.

Der Landkreis soll die Kommunen bei der Unterhaltung der Sportstätten angemessen unterstützen. Er sollte sich gemeinsam mit den Kommunen stärker für eine ausreichende Versorgung der Menschen im Landkreis mit Schwimmbädern einsetzen und einen höheren Beitrag zur Deckung der Betriebskosten von Schulschwimmen und Schwimmkursen leisten. Wir begrüßen ausdrücklich das Bürgschaftsprogramm für den Neubau bzw. die Sanierung vereinsbetriebener Hallenbäder im Kreisgebiet.

Wir setzen uns für eine aktive Kulturpolitik ein, um vielfältige kulturelle Angebote in unserer Gesellschaft fest zu verankern und das Miteinander zu stärken. Aufgrund der Corona-Pandemie hat die Kultur- und Kreativwirtschaft sehr starke Einschränkungen hinnehmen müssen. Diesen außerordentlichen und teilweise

existenzbedrohenden Solidaritätsbeitrag muss die Allgemeinheit wieder zurückgeben, auch indem der Landkreis gezielte Förderungen des kulturellen Lebens gewährt.

## Schule und Bildung

Schule und Bildung sind der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft und entscheiden wesentlich mit über das Leben und die Zukunft unserer Kinder. Deshalb unterstützen wir den „Pakt für den Ganztag“ und den Ausbau der Schulen im Landkreis Darmstadt-Dieburg, der in den letzten Jahren begonnen worden ist.

Das Angebot der Ganztagsbetreuung muss in wesentlichen Teilen freiwillig und bezahlbar bleiben und darf nicht zur Pflicht für alle werden. Gleichzeitig muss gewährleistet werden, dass alle Kinder die Ganztagsbetreuung wahrnehmen können.

Wir unterstützen, dass mehr Geld in die Sanierung und Modernisierung der Schulen investiert wird. Das aufgestockte Schulsanierungsprogramm ist der richtige Weg.

Einen größeren Fokus wollen wir auf die Instandhaltung der Schulen legen. Es darf so bald wie möglich keine Schule mit unhygienischen, unansehnlichen und veralteten Sanitäranlagen ohne warmes Wasser mehr geben. Das verbessert die Bedingungen für unsere Kinder und spart langfristig Geld für die Allgemeinheit.

Wir wollen die Kreis-Volkshochschule und ihr Angebot modernisieren und attraktiver machen.

## Wirtschaft

Wir stehen für eine aktive Wirtschaftsförderpolitik des Landkreises. Im Zentrum unserer Wirtschaftspolitik steht die Unterstützung der Unternehmen und Selbständigen, die im Landkreis schon heute erfolgreich tätig sind und weiter investieren wollen. Wir wollen die Wertschöpfung in unserem Landkreis gemeinsam mit unseren Kommunen halten und weiter ausbauen. Wir werden darauf achten, dass gerade in den von Strukturwandel betroffenen Kommunen neue Arbeitsplätze entstehen. In diesen Fällen müssen die Menschen auf ein gut ausgebautes Unterstützungs- und Beratungsangebot zurückgreifen können.

Wir streben eine an der Schaffung neuer Arbeitsplätze, dem Ausbau bestehender und neuer Unternehmen und Branchen orientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik an. Sie muss auch die Ökonomie mit Ökologie und sozialer Verantwortung verbinden. Die Wirtschaftspolitik des Landkreises muss sich zugleich den Herausforderungen des Strukturwandels und der Klimakrise stellen, insbesondere aber dafür sorgen, dass die Menschen in unserem Landkreis durch ihre eigene Arbeit in Wohlstand leben können.

Der Landkreis muss sich künftig gemeinsam mit den Kreiskommunen stärker und systematisch darum kümmern, Start-ups und Unternehmen z.B. der neuen Technologien in den Landkreis zu holen. Hier entstehen die Arbeitsplätze der

Zukunft. Dafür ist in besonderem Maße auch ein Einvernehmen mit der Stadt Darmstadt und den umliegenden Kreisen und kreisfreien Städten anzustreben.

Wir wollen der regionalen Wirtschaft und Investoren aus Nah und Fern ein attraktives Umfeld bieten und sind bereit, dafür auch die notwendige Infrastruktur unter Berücksichtigung von Ressourcenschonung und Biodiversität zur Verfügung zu stellen. Deswegen setzen wir uns für die Reaktivierung nicht mehr genutzter Gewerbebrachen ein.

Während in den Städten zunehmend Entwicklungsflächen und –potentiale fehlen, stehen diese im Landkreis noch in ausreichendem Maße zur Verfügung. Mit einer gemeinsamen Entwicklungsstrategie „Stadt und Land, Hand in Hand“ können Grenzen überwunden und Chancen gemeinsam stärker genutzt werden.

Besonders wichtig ist die engere Kooperation des Landkreises mit den Universitäten und Forschungseinrichtungen der Region, in denen immer wieder zahlreiche Startups entstehen. Auch die Zusammenarbeit mit den Organisationen der Wirtschaft muss intensiviert werden, um im Landkreis gemeinsam mindestens ein Technologie- und Gründerzentrum wie das Hub 31 in Darmstadt zu gründen und Investoren wie Startups in die Kommunen des Landkreises zu holen.

Wir wollen wirksam die Vermarktung regionaler Produkte unterstützen, dadurch Arbeitsplätze im Landkreis schaffen und Umwelt wie Klima schonen. Hier sehen wir vielversprechende Ansatzpunkte im Einzelhandel und in der Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte, die trotz der Zunahme des Online-Handels und des veränderten Einkaufsverhaltens der Kundschaft Wege finden wollen, um dauerhaft bestehen und erfolgreich sein zu können. Wir unterstützen deshalb Initiativen wie „Heimat shoppen“ ebenso wie unsere Darmstadt-Dieburger Landwirtschaft.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Kreis gemeinsam mit den Kreiskommunen und den betroffenen Unternehmen und Verbänden Konzepte zur Stärkung des Einzelhandelsstandorts Darmstadt-Dieburg formuliert und umsetzt. Hierzu gehören u.a. eine gemeinsame Vermarktungsplattform für lokale und regionale Anbieter und entsprechende Lieferdienste.

## Finanzen

In den vergangenen Jahren ist es nicht gelungen, die Finanzen des Landkreises zu sanieren und zu stabilisieren. Im Gegenteil wurden sowohl das Defizit im Kernhaushalt als auch im Eigentrieb Kreiskliniken immer höher, stiegen die Kreisumlagen auf den zweithöchsten Wert in ganz Hessen an. Das kommt einer Bankrotterklärung der Finanzpolitik der schwarz-roten Kreiskoalition gleich, die sich nicht zu einer konsequenten Konsolidierungspolitik durchringen konnte. Hier sehen wir ein großes Versäumnis der aktuellen Kreisregierung.

Die hohen Kreisumlagen bedeuten, dass die Menschen im Landkreis stark belastet sind. Das können wir nicht akzeptieren. Wir müssen vielmehr dafür sorgen, dass die Belastung wieder sinkt.

Ein großer Teil der zusätzlichen Ausgaben des Landkreises ist durch Entscheidungen von Land und Bund verursacht. Auch das darf so nicht weitergehen. Die Soziallasten müssen wieder gesenkt und endlich das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt.“ verwirklicht werden. Erfüllen die Kommunen staatliche Aufgaben, so sind die Kosten dafür von der jeweiligen staatlichen Ebene vollständig, also inklusive der Personalkosten, zu tragen.

Der Staat muss insgesamt für eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen sorgen, denn auch das trägt Konjunktur und heimische Wirtschaft. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Verhältnis zwischen Kommunen und Land Hessen dahingehend verändert wird, dass die Kommunen Mitsprache erhalten über die Verwendung von Bundes- und Europamitteln und dass Entscheidungen des Landesgesetzgebers rechtlich überprüft werden können.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Förderunwesen in Hessen und in Deutschland deutlich verkleinert und entbürokratisiert wird. Stattdessen müssen mehr Gelder direkt den Kommunen und Landkreisen zur Verwendung in einem breiteren Rahmen gegeben werden.

Die insgesamt gescheiterte Finanzpolitik der Kreiskoalition ist verantwortlich für falsche Entwicklungen bei den Kreiskliniken und Medizinischen Versorgungszentren, in der Personalpolitik und der mangelnden Bereitschaft der Verantwortlichen und der Koalition, wirklich alle Ausgaben des Kreises auf den Prüfstand zu stellen. Es ist kein Zufall, dass Darmstadt-Dieburg die zweithöchste Gesamtumlage hat. Gerade in der Finanzpolitik müssen wir dringend bei anderen Landkreisen in Hessen abschauen, was sie besser machen.

Durch die gescheiterte Finanzpolitik der Kreiskoalition wurden die Kommunen in den vergangenen Jahren noch sehr viel stärker belastet als zuvor. Das trägt wesentlich dazu bei, dass die Kommunen ihre Haushalte nicht ausgleichen können, Gebühren und Steuern teils sehr stark anheben müssen und viele notwendige Investitionen nicht mehr tätigen können. Das führt zu einer zusätzlichen Belastung der Menschen im Landkreis, die nicht mehr akzeptiert und gerechtfertigt werden kann. Wir müssen die Menschen endlich wieder entlasten!

Außerdem fehlen dem Landkreis durch die schlechte finanzielle Situation wichtige Spielräume für eine zukunftsweisende Politik.

Ziel einer soliden Finanzpolitik muss es sein, die Ausgaben des Kreises mittelfristig zu konsolidieren. Wir wollen, dass der Kreis künftig nicht mehr so hohe Kreisumlagen erhebt und dadurch die Kommunen wieder entlastet.

Deshalb werden wir uns sehr stark dafür einsetzen, so bald wie möglich zu einem dauerhaft ausgeglichenen Kreishaushalt zu kommen und z.B. nur die Investitionen zu tätigen, die unvermeidbar sind, um die Daseinsvorsorge für die Menschen im Landkreis sicherzustellen oder um die wirtschaftliche Entwicklung des Landkreises zu unterstützen. Unser Ziel ist es, die dauerhaften Verpflichtungen des Landkreises zu reduzieren und die nötigen Spielräume für unsere sachpolitischen Ziele zu schaffen.



Wir stehen dafür, die Belastung der Bürgerschaft, von Wirtschaft und Gewerbe in Grenzen zu halten, um bessere Voraussetzungen für eine positive Wirtschaftsentwicklung im Landkreis zu schaffen. Das Gleichgewicht zwischen der Notwendigkeit zur Finanzierung kommunaler Leistungen, der Realisierung berechtigter und notwendiger politischer Ziele sowie der Belastung der Menschen und Unternehmen durch Steuern und Abgaben muss neu austariert werden.

Die Verwendung öffentlicher Mittel muss aus unserer Sicht in ganz besonderem Maße dem Gebot der Transparenz und Nachvollziehbarkeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Parlamentariern des Kreistages entsprechen. Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Gestaltung der Kreisausgaben ermöglichen.

Wir setzen uns für die Entwicklung eines kommunalen „Kreiskonzerns“ ein, der dafür sorgt, dass die im Landkreis in öffentlicher Hand befindlichen Unternehmen (DADI-Werk, Krankenhäuser, Medizinische Versorgungszentren, Gersprenz gGmbH, ZAW usw.) von möglichst schlanken und professionellen Verwaltungsstrukturen geführt werden, sodass sie ihre Leistungen effizient, qualitativ hochwertig und kostengünstig erbringen können.

Wir setzen uns für ein, dass der Landkreis künftig in einem „Beteiligungsbericht“ detailliert erläutert, wie sich die Unternehmen und Einrichtungen entwickeln, an denen der Landkreis beteiligt ist, welche Entwicklung erwartet wird und wie sich die Strukturen verändert haben.

## **Umwelt- und Klimaschutz**

Wir setzen uns für Umwelt- und Klimaschutz als Aufgabe aller Politikbereiche ein. Wir wollen Immobilien und Mobilität im Landkreis so gestalten, dass sie dem Ziel des Klima-, Arten- und Umweltschutzes entsprechen. Wir setzen uns dafür ein, den Flächenverbrauch zu reduzieren und so weit wie möglich zu vermeiden. Wir fordern den konsequenten Schutz vorhandener Naturräume, von Biotopen und Retentionsflächen. Hierbei kommt den Festsetzungen im Raumordnungsplan eine besondere Bedeutung zu.

Unseren Wäldern als CO2- und Wasserspeicher, Klimaregulatoren und Erholungsräumen muss unser besonderer Schutz zukommen.

Unsere Verpflichtung bei der Daseinsvorsorge gilt der Reinhaltung von Boden, Luft und Wasser. Jegliche Bemühungen der Privatisierung des Trinkwassers müssen unterbleiben. Wir setzen uns dafür ein, dass gemeinsam mit den Kommunen die Wasserversorgung im Landkreis dauerhaft gesichert wird. Wir setzen uns dafür ein, den Grundwasserverbrauch zu reduzieren und so viel Wasser zu sparen, wie es möglich ist. Wir wollen gemeinsam dafür sorgen, dass die Belastung der Gewässer verringert wird, um die Wasserqualität mittelfristig entscheidend zu verbessern.

Wir geben der Müllvermeidung den Vorrang vor der Müllentsorgung. Die Trennung und Wiederverwertung von Roh- und Wertstoffen soll auch aus Gründen der Ressourcen-Schonung verstärkt werden. Auf die Schäden und immensen Kosten durch die Ablagerung von „wildem“ Müll soll verstärkt hingewiesen, Wege zu seiner Vermeidung gesucht, die vorhandenen Wertstoffhöfe der Kommunen ausgebaut und beworben werden. Die dort erhobenen Preise müssen transparent sein und Öffnungszeiten den Bedürfnissen der Bevölkerung stärker angepasst werden.

Besonders im Bereich der kommunalen Bauten soll mit Maßnahmen zur regenerativen Energiegewinnung und einer konsequenten Dämmung ein Beitrag zur Betriebskostenersparnis und zum Klimaschutz beigetragen werden.

## Verkehr

Wir setzen uns dafür ein, für den Landkreis Darmstadt-Dieburg unter Einbindung der Stadt Darmstadt ein ganzheitliches Verkehrskonzept zu erstellen, in welchem Quellverkehr und Durchgangsverkehr Berücksichtigung finden. Dieses Konzept muss alle Verkehrsmittel betrachten. Es darf dabei nicht vergessen werden, dass nicht nur Personen, sondern auch Güter, Produktionsmaterialien und Grundstoffe durch den und im Kreis transportiert werden.

Das Angebot des ÖPNV muss praxisgerecht, zukunftsfähig, flächendeckend ausgebaut werden sowie attraktiv und bezahlbar sein.

Wichtig ist, dass bisherige Direktverbindungen in die Darmstädter Innenstadt nicht durch Verbindungen ersetzt werden, die aufgrund langer Umsteigezeiten unattraktiv sind und die Menschen zurück zum Auto bringen.

## Kreisentwicklungsplanung/ Regionale Zusammenarbeit

Wir stehen für eine planmäßige und konzeptionell fundierte Kreisentwicklungs- und Regionalpolitik, die die Pflege, Modernisierung und Weiterentwicklung der Infrastruktur des Landkreises sicherstellt.

Zugleich setzen wir uns dafür ein, dass der Kreis seine Aufgaben wieder mehr auf den Kern seines gesetzlichen Auftrags zurückführt. Wir wollen eine schlankere Verwaltung und mehr Lösungsansätze, die den Kommunen Freiraum für individuelle Umsetzungen geben. Die interkommunale Zusammenarbeit zwischen den Kommunen wollen wir fördern.

Der Kreis muss nur jene Aufgaben für die Kommunen erfüllen, die diese nicht selbst leisten können oder wollen, weil sie durch den Landkreis effizienter und mit geringeren Kosten geleistet werden können. Entscheidungen für die Übernahme von Aufgaben durch den Landkreis müssen in regelmäßigen Abständen überprüft



werden. Wir wollen, dass der Kreis es grundsätzlich als seine wichtigste Aufgabe sieht, die Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen.

Wir stehen für eine engere Zusammenarbeit mit der Stadt Darmstadt, insbesondere in Fragen der Verkehrspolitik, der Schul- und Bildungspolitik sowie der Wirtschafts- und Kreisentwicklungspolitik.

Die Einwohner des Landkreises erwarten von ihrer Verwaltung Bürgernähe, Offenheit und Service. Wir verpflichten uns zum Wohl des Landkreises und seiner Einwohner nach den Grundsätzen Transparenz, Bürgernähe, Wahrheit und Offenheit zu handeln. Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung und -verantwortung stärken. Wir wollen uns dafür einsetzen, die Besetzung von Stellen in den kommunalen Verwaltungen vor parteipolitischer Einflussnahme zu schützen.

Die politischen Entscheidungen sowie der Haushalt müssen den Bürgerinnen und Bürgern transparenter vermittelt werden. Transparenz und Bürgernähe sind unsere Hauptziele. Wir wollen erreichen, dass alle Entscheidungen der Landkreispolitik und -verwaltung für die Vertreter der Kommunen einsehbar und verständlich sind.

